

(Queer-)feministische studentische Netzwerkarbeit

Haucke, Anna

2014

<https://doi.org/10.25595/3398>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haucke, Anna: *(Queer-)feministische studentische Netzwerkarbeit*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, Jg. 23 (2014) Nr. 1, 159–160. DOI: <https://doi.org/10.25595/3398>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i1.16038>

(Queer-)feministische studentische Netzwerkarbeit

ANNA HAUCKE

Ausschuss für Frauen- und Genderpolitik des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), seit 1994

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (fzs) ist ein überparteilich aktiver Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Der Verein vertritt die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden. Die Aufgabe, feministische Politik und ihre Herausforderungen in der Arbeit des fzs mitzudenken, wurde bereits in der zweiten Mitgliederversammlung des fzs 1994 beschlossen. Demnach sollen feministische Positionen in alle Arbeitsbereiche des Verbands eingebracht werden und feministische Forderungen sowohl nach innen als auch nach außen vertreten werden.

Die Arbeit des Ausschusses Frauen- und Genderpolitik innerhalb des fzs befindet sich an einem Knotenpunkt: Es kommen verschiedene Formen feministischer Aktivitäten zusammen – von institutionellen Ansätzen in hochschulinternen Gremien über (queer-)feministische, unabhängig agierende Gruppierungen bis hin zu im akademischen Bereich forschenden und theorieentwickelnden Herangehensweisen. Regional sehr unterschiedliche Diskussionswege werden bundesweit gebündelt und weitergedacht. Grundsätzlich kann die Arbeit des Ausschusses an der Schnittstelle zwischen Wissensproduktion und Wissensvermittlung verortet werden.

Die selbstgesetzte Aufgabe des fzs, geschlechtliche Selbstverwirklichung im Verband selbst, in der Studierendenschaft, in den Hochschulen und nicht zuletzt in der Gesellschaft zu fördern und durchzusetzen, kann dabei nur durch wiederholte Grenzüberschreitungen – disziplinärer, institutioneller und thematischer Art – erfüllt werden. Im Positionspapier des Ausschusses für Gender- und Frauenpolitik ist vermerkt, dass jede Person ihr Geschlecht frei und ohne Konsistenzanspruch sozial, emotional, psychisch und körperlich bestimmen können soll. Verbandsinterne Veröffentlichungen und Diskussionsräume sowie offene Veranstaltungen im Rahmen von fzs-Workshops oder auch die durch die Mitgliedshochschulen ausgerichteten Aktionstage sind damit Räume, in denen jener vielfältige Wandel zu leben versucht wird, der theoretisch gefordert wird. So wird die inhaltliche Öffnung durch die Ausrichtung auf Heterosexismus immer expliziter auch in Richtung von Trans* betrieben, und intersektionale Überlegungen nehmen mehr Raum ein. Verbandsintern wird u.a. nach Wegen gesucht, politische Ziele der Queer Theory mit den Ansprüchen feministischen Empowerments zusammenzudenken, praktisch zum Beispiel über Redelisten. Auf akademisch produziertes (queer-)feministisches Wissen kann der Verband durch die enge Anbindung an Hochschulen zurückgreifen und den Zugang dazu öffnen, indem er versucht, dieses Wissen in die Praxis, z.B. den institutionellen Rahmen, zu übersetzen.

Gerade der grenzüberschreitende Charakter der (queer-)feministischen Arbeit im fzs ist es somit, der hier geschlechterpolitisch produktiv gemacht wird – auch wenn dies durch einen Rückgriff auf Wissensräume geschieht, in denen Grenzziehungen praktiziert werden. Geschlechterpolitische Arbeit muss sich, um gesellschaftlich produktiv zu sein, grenzüberschreitend bewegen können und Wissen weitertragen.

Feministische Vernetzung in der DVPW

GABRIELE ABELS

Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), seit 1951; Vorsitzende (seit 2012)

Frauennetzwerke haben einen geschlechterpolitischen Wandel in der DVPW vorangetrieben. Die Bildung eines feministischen politikwissenschaftlichen Netzwerks reicht bis in die frühen 1990er Jahre zurück und hat sich in Gestalt des Arbeitskreises (AK) Politik und Geschlecht in der DVPW (siehe den Beitrag des aktuellen Sprecherinnenrats, Anm. d. Red.) institutionalisiert. Allerdings ist die Vernetzung von Politologinnen in der DVPW nicht auf den AK beschränkt. Die Zielsetzung des AK war und ist eine doppelte, wodurch er immer eine gewisse Sonderstellung hatte: nämlich als normale fachliche Untergliederung in der Vereinigung ein Ort für wissenschaftliche Debatten zu sein und zudem Lobbyist in Sachen Frauenförderung. Die Arbeit des AK ist für viele gleichstellungspolitische Fortschritte in der DVPW mitverantwortlich: die Weiterentwicklung des Ethikkodexes, die Gründung des Ständigen Ausschusses für Frauenfragen (StAFF), die Entwicklung einer Agenda zur Frauenförderung in der DVPW oder das Gender-Monitoring. Dieser Prozess ist nicht ohne Konflikte verlaufen, und zwar nicht nur mit und in den Gremien der DVPW. Die Frage nach der Ausbalancierung des doppelten Mandats ist immer wieder auch im AK selbst kontrovers gewesen. Infolge der Institutionalisierung der Frauenförderung konnte in den letzten Jahren der Schwerpunkt stärker auf den wissenschaftlichen Fragen liegen.

Die DVPW ist nicht zuletzt durch die maßgeblich vom AK initiierten Initiativen heute eine andere Vereinigung als noch vor 20 Jahren: weiblicher in Bezug auf die Mitgliedschaft, offener in Bezug auf Frauenförderung und Geschlechterforschung. Gleichwohl gibt es noch viele Herausforderungen: Erstens gilt es, den Dialog zwischen im Fach etablierten feministischen Wissenschaftlerinnen und dem wissenschaftlichen Nachwuchs wieder stärker zu beleben; eine Vernetzung des Nachwuchses untereinander ist wichtig, greift aber zu kurz. Zweitens sollte der AK mit anderen fachlichen Untergliederungen stärker verschränkt werden, um dadurch ei-